Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 86. **Freitag** den 27. März 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Ueber eine reiche Gabe haben wir wieder mit Freude und Dank zu quittiren.

Herr L. **Momm** in **Forest** bei Brüssel hat uns

Fünftausend Mark

übersandt zur Linderung der Nothstände in denjenigen armen evang. Gemeinden Galiziens, über welche in dem letzten von uns herausgegebenen Fliegenden Blatte (Nr. 74) berichtet worden ist.

Es ist dies eine schöne Frucht, die dieses Blatt eingetragen hat, von einem Manne, dem der Verein schon manche reiche Gabe verdankt.

Gottes Segen ruhe auf dem Geber und Empfängern!

Leipzig, den 26. März 1891.

Der Centralvorstand
des Evangel. Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung.
D. Fricke, Vorsitzender. Dr. Hempel, Schriftführer.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Ernst Seifert**,
Kleine Burggasse Nr. 6,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 23. März 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 1567. Dr. Georgi. Wolfram.

Städtische Gewerbeschule.

Die Ausstellung der Schülerarbeiten findet in der Zeit **vom 27. bis mit 30. März ds. Js.,** Vormittags von 10½ bis Mittags 1 Uhr in sämmtlichen Räumen des neuen Anstaltsgebäudes, Wächterstraße Nr. 13, statt.

Zum Besuche derselben beehrt sich im Namen des Lehrercollegiums ergebenst einzuladen

Leipzig, den 24. März 1891.

Der Director:
Dr. Ludw. Nieper.

Israelitische Religionsschule.

Die Aufnahme neuer Schüler und Schülerinnen findet **Sonntag, den 29. März, Vormittags von 9—12 Uhr im Kanzleilocale** der Synagoge, Centralstraße 15, 1. Etage, statt.

Das neue Schuljahr beginnt **Sonntag, den 5. April, Vormittags 8 Uhr.**

Leipzig, den 26. März 1891.

Der Director.
Rabbiner Dr. A. Porges.

Unsere Ziele.

Die parlamentarische Osterpause erinnert uns an die Aufgaben, welche noch der Lösung harren. Im Reichstage ist es das Arbeiterschutzgesetz, im preußischen Landtage sind es die Steuerreformgesetze, die Landgemeinde-Ordnung und das Gesetz über die Volksschule, welche der Erledigung harren, und eine weitere Angelegenheit, welche das ganze Deutsche Reich in hohem Maße interessirt, ist der Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn und mit einer Reihe anderer Staaten auf gleicher Basis, insbesondere mit der Schweiz und mit den Staaten im Südwesten Europas. Die Anforderungen, welche in der laufenden Sitzungsperiode an die beiden parlamentarischen Hauptkörperschaften Deutschlands herantreten, sind außergewöhnlich bedeutend, das Streben nach Reformen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens war niemals stärker, und es geht über das Maß der vorhandenen Leistungsfähigkeit hinaus. Zahlreiche Erkrankungen von Ministern und Abgeordneten und chronische Beschlußunfähigkeit des Reichstages waren die äußeren Merkmale dieses ungewöhnlichen Zustandes.

Es ist dabei nicht zu verkennen, daß die systematischen Bemühungen der Socialdemokraten, das Zustandekommen des Arbeiterschutzgesetzes zu verzögern, und die Opposition der preußischen Conservativen gegen einen Theil der Reformgesetze dem Verlaufe der Berathungen Hindernisse bereitet haben, und daß der Interessen-Gegensatz auf die Verhandlungen in Wien störend eingewirkt hat. Die Vertreter der landwirthschaftlichen Interessen, insbesondere der Großgrundbesitzer und die der Groß-Industrie haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die öffentliche Meinung gegen den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn einzunehmen. Noch in der letzten Sitzung des preußischen Herrenhauses hat sich ein Vorgang abgespielt, welcher für die Stellung der conservativen Partei zu dem Vertrage bezeichnend ist. Graf Frankenberg beantragte die Einsetzung einer Wasserbehörde und sagte bei Begründung seines Antrages: „Wenn die königliche Staatsregierung einen Staatsvertrag mit Oesterreich über die Regulirung des oberen Gebietes der Oder abschließen wollte, so würde dies in Schlesien viel freudiger begrüßt werden, als der deutsch-österreichische Handelsvertrag, welcher jetzt in Sicht ist." Das ganze starkbesetzte Haus brach nach diesen Worten in so laute Beifallsrufe aus, als sie im Herrenhause selten vernommen worden sind. Das ist die Besorgniß vor Herabsetzung der Getreidezölle, welche den Beifall der Mitglieder des Herrenhauses zu so starkem Ausdruck gebracht hat. Dem gegenüber steht die Kundgebung des deutschen Brauerbundes, welche genau den entgegengesetzten Standpunct vertritt. Man ersieht daraus, wohin man gelangt, wenn man Einzelinteressen berücksichtigt. Gemeinnützige Einrichtungen sind sehr selten so geartet, daß sie nicht Einzelinteressen schädigen, und sie würden niemals zu Stande kommen, wenn den Interessen-Vertretungen die Entscheidung darüber zustände.

Ein anderer Gesichtspunct ist der, daß nicht alle Betheiligten gleichzeitig an den Vortheilen eine Verbesserung des bestehenden Zustandes Antheil haben können. In diesem Falle befinden sich die Handlungsgehilfen dem Arbeiterschutzgesetz gegenüber. Daß sie ebenso sehr der Sonntagsruhe bedürfen, wie die Arbeiter im engeren Sinne, wird von maßgebender Seite anerkannt, wie der wohlwollende Empfang der Abordnung der Handlungsgehilfen durch den Minister v. Berlepsch beweist, aber diese Angelegenheit paßt nicht in den Rahmen des Arbeiterschutzgesetzes, sie bedarf besonderer Regelung. Das ist auch schon im Reichstage zur Sprache gekommen. Auf der anderen Seite protestirten wieder die Bäcker gegen die Einbeziehung ihres Gewerbes in die Sonntagsruhe, weil sie gerade an den Sonntagen das beste Geschäft machen. Hier die richtige, alle Interessen gleicherweise berücksichtigende Mitte zu treffen, ist außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich, und so ständen wir denn hier einer unlösbaren Aufgabe gegenüber, wenn nicht von verschiedenen Seiten im Interesse der Gesammtheit Opfer gebracht werden. Es sind eben durchgreifende Reformen, deren Durchführbarkeit erst durch die Praxis erprobt werden muß, bevor sie die Gestalt erhalten, welche dem Grundgedanken die Erfüllung sichert, ohne bestimmte Interessen in unerträglicher Weise zu verletzen.

Alle gegenwärtig in der Entwicklung begriffenen Reformen haben den Zweck, Staat und Gesellschaft dem Zeitbedürfniß entsprechend umzugestalten, ohne die Grundlagen in Frage zu stellen. Die Zeiten der beschaulichen Ruhe, in welcher alle Interessentenkreise sich nach den Ueberlieferungen der Vorfahren frei entwickeln, oder sich bestimmten Beschränkungen unterwerfen mußten, wie sie der Zunftzwang und das Hörigkeitsverhältniß auf dem Lande bedingten, ist vorüber und der Grundsatz der Unterordnung des Kleinen unter den Großen, des Knechtes unter den Herrn, des Untergebenen unter den Vorgesetzten ist dem Grundsatz der Gleichberechtigung gewichen, der freilich auch nur in der Theorie, aber nicht in der Praxis besteht. Im Staat dient die militairische und die Beamten-Disciplin als Richtschnur, in der Gesellschaft stehen sich Arbeitgeber und Arbeiter, Grundbesitzer und Tagelöhner, überhaupt Besitzende und Besitzlose gegenüber. Diese Gegensätze streben nach Ausgleichung, obwohl sie niemals auszugleichen sind, aber man sucht wenigstens nach Formen, welche das thatsächliche Verhältniß mildern.

Das ist die weltbewegende Bedeutung der socialen Frage, daß sie die Lösung für Schwierigkeiten bringen soll, die heute noch unüberwindlich scheinen. Und dennoch weicht der Zustand, in welchem wir leben, von demjenigen, der noch vor einem Menschenalter der allgemein geltende war, so erheblich ab, daß die Erwartung berechtigt erscheint, es werden sich auch Mittel und Wege finden lassen, um das staatliche und gesellschaftliche Leben auch unter den veränderten Verhältnissen auf feste dauerhafte Grundlagen zu stellen. Das große und entscheidende Mißverständniß, welches auf socialistischer Seite vorhanden ist, besteht darin, daß man auf dieser Seite dem Grundsatz der Gleichberechtigung eine weit über das Maß hinausgehende praktische Bedeutung beimißt. Das gleiche Recht verbürgt noch nicht den gleichen Erfolg der in Wettbewerb tretenden Bemühungen. Der Starke wird stets über den Schwachen, der Fähige über den Unfähigen den Sieg behalten, mögen auch die Bedingungen für Entfaltung der vorhandenen Kräfte überall dieselben sein.

Wir streben im Deutschen Reiche einen Zustand an, welcher Rechte und Pflichten gleichmäßig auf alle Kreise der Bevölkerung vertheilt, gerechte Steuervertheilung, Schutz gegen den Mißbrauch der durch äußere Mittel gegebenen Macht, Schutz der wirthschaftlich Schwachen bei Leistung der ihnen sich darbietenden Arbeiten, Gewährung von Bildungsmitteln, welche Jeden in den Stand setzen, seine Fähigkeiten zur Geltung zu bringen, volle Gleichheit vor dem Gesetz und eine Bewegungsfreiheit, welche allen Wettbewerbern gleiche Aussichten eröffnet, nur unterschieden durch die Leistungsfähigkeit. Gleichberechtigung schließt den Zwang aus, Unfähigkeit aus Sonderinteressen zu unterstützen, die Zukunft gehört dem Fleiße, der Thatkraft und dem Talent. Wer diesen Wettlauf nicht mitmachen kann, ist auf Almosen angewiesen, oder auf die ihm rechtmäßig zukommende Unterstützung.

Leipzig, 27. März.

* Nach den ergangenen Allerhöchsten Bestimmungen für die Reise des Kaisers nach Stettin, Travemünde und Kiel wird, wie weiter verlautet, Allerhöchstderselbe am 1. April Morgens mittelst Sonderzuges in Stettin eintreffen und dortselbst die Arbeiten auf S. M. Yacht „Hohenzollern" besichtigen. Der Kaiser wird an Bord der kaiserlichen Yacht vom Staatssecretair des Reichsmarine-Amts empfangen werden. Am 1. April Abends wird der kaiserliche Sonderzug in Travemünde eintreffen. Zum Empfange des Kaisers werden sich der commandirende Admiral und der Commandant S. M. Avisos „Greif" auf dem Bahnhofe einfinden. Am 2. April Vormittags 8 Uhr schifft sich Seine Majestät an Bord des Avisos „Greif" ein, welcher unmittelbar darauf nach Falkebjerg in See geht. Hier liegt die Kreuzercorvette „Carola" zur Inspicirung unter Dampf bereit; dieselbe wird gegen Mittag beginnen. Gegen 5 Uhr Nachmittags erfolgt das Einlaufen der Schiffe im Kieler Hafen, woselbst beim Landen des Kaisers kleiner Empfang stattfinden wird. Se. Majestät wird im königlichen Schlosse Wohnung nehmen.

* Die durch die Volkszählung am 1. December v. J. ermittelte Bevölkerungsziffer des Deutschen Reiches stellt sich nach vorläufiger Ermittelung auf 49 422 928 Seelen, während dieselbe 1885 auf 46 855 704 Seelen definitiv ermittelt wurde. Abgesehen von den 2086 Seelen, mit denen Helgoland in der Bevölkerungsziffer von 1890 vertreten ist, betrug also der Bevölkerungszuwachs von 1885 auf 1890 2 565 138 Seelen oder 5,48 Proc. Eine Abnahme der Bevölkerung ergab sich nur für Mecklenburg-Strelitz.

* In den nächsten Tagen erscheint in Carl Heymann's Verlag, Berlin, der dritte Band des Werkes „Fürst Bismarck als Volkswirth", herausgegeben von H. v. Poschinger. Der Schlußband des ganzen Werkes, welcher die Periode von 1885 bis März 1890 umfaßt, wird um deswillen ein besonderes Interesse erwecken, weil darin unter anderen bisher ungedruckten Schriftstücken die Denkschrift mitgetheilt ist, welche der Geheime Oberregierungsrath Gamp aus dem Handelsministerium im Herbst 1889 im Auftrage des ehemaligen Reichskanzlers über die Ursachen des Ausstandes der Kohlenarbeiter und die Mittel zur Beseitigung dieser Calamität verfaßt hat. Das Buch verbreitet sich auch des Näheren über die bedeutsamen Verhandlungen, welche Fürst Bismarck persönlich in dieser Angelegenheit mit Herrn Gamp im Jahre 1889 gepflogen hat und welche, wie erinnerlich, dazu geführt haben, daß der Letztere von Seiner Durchlaucht mit dem Commissorium betraut wurde, an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen und darüber dem Reichskanzler direct zu berichten.

* **Die Ersatzpflicht des Fürsten Bismarck.** Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Kölnische Zeitung":

Wir erwähnten bereits, daß Herr Eugen Richter, der alle großen Männer mit folgerichtiger Bosheit verfolgt, auf den genialen Einfall verfallen ist, den Fürsten Bismarck für 350 000 ℳ ersatzpflichtig zu machen, die er angeblich mit Genehmigung des Kaisers Wilhelm I. zu Gunsten eines Verwandten des Herrn v. Bötticher dem Welfenfonds entnommen haben soll. Wir bemerkten bereits, daß eine Klage ausgeschlossen ist, wenn die Behauptung in der Luft schwebt. Es giebt aber dieser gehässigen Anregung gegenüber neben dem juristisch formalen noch einen anderen Standpunct, wir meinen die Würde der deutschen Nation. Gesetzt den Fall, Fürst Bismarck sei an dem Welfenfonds zum [illegible] geworden, er hätte demselben das Leder entnommen für das Schuhwerk von Bedrängten, so würde diese Thatsache ohne Zweifel jedem deutschen Manne eine überaus kummervolle und niederdrückende Empfindung bereiten. Wir sind viel zu sehr überzeugt von dem Werthe unserer monarchischen Institutionen, wir denken viel zu hoch von der strengen Rechtlichkeit unseres ehrenhaften Beamtenthums, wir haben uns gegenüber unerquicklichen Vorgängen in dem republikanischen und vielfach von Börsenstreberei beeinflußten Ausland zu oft stolz in die Brust geworfen, als daß unsere zartesten Empfindungen nicht einen schmerzlichen Ruck erhalten sollten, wenn wir genöthigt werden, uns die Thatsächlichkeit eines Vorgangs vorzustellen, der auf unsere gesammte Gedankenwelt verblüffend wirkt. Aber wir würden aus nationalem Schamgefühl diese peinliche Auseinandersetzung mit unserem bisherigen Denken und Fühlen im stillen Kämmerlein vornehmen und aus demselben als Männer heraustreten, denen der Mann des Jahrhunderts auch dann eine gewaltige Verkörperung deutscher Eigenart und Thatkraft, deutscher Geistesmacht ist und bleibt, wenn sich an seiner Menschlichkeit Eigenthümlichkeiten zeigen sollten, welche eine berechtigte Kritik herausfordern. Ein Volk, welches sich selbst achtet, durchsucht nicht das Haus des Begründers seiner nationalen Einheit nach etlichen Hunderttausend Mark. Eugen Richter mag keine Empfindung haben für das Dankgefühl des Patrioten gegenüber den Männern, welche die Nation aus Schwäche und Zerrissenheit zur Einheit und Macht emporgehoben haben; die Besten unseres Volkes aber leiden schon ohnehin schwer darunter, daß sich zwischen den gegenwärtigen Machthabern und den größten deutschen Autoritäten eine unheilvolle Kluft aufgethan hat. Wer sein Vaterland lieb hat, der wird nichts thun, um diese unerfreulichen Verhältnisse noch zu verschärfen. Eugen Richter freilich verwechselt beständig das Interesse, welches ein im Trüben fischender Radicalismus an einer allgemeinen Zersetzung und Verhetzung hat, mit den Interessen des deutschen Vaterlandes. Unsere verehrungswürdige Demokratie hat überhaupt in dieser Angelegenheit ein Gerechtigkeitsgefühl, eine Hoheit der Gesinnung, eine Feinheit des sittlichen und bürgerlichen Empfindens bekundet, welche selbst unkritische Beurtheiler ihrer Tugenden in Erstaunen gesetzt hat.

* Die „Kölnische Volkszeitung" will in der Lage sein, aus den Verhandlungen des Landesausschusses der nationalliberalen Partei, der am 22. d. M. in nichtöffentlicher Sitzung zu Karlsruhe versammelt war, Aeußerungen zu berichten, die einzelne Redner im Laufe der Verhandlung angeblich gethan hätten. Es genügt festzustellen, daß diese vorgeblich dem Wortlaut nach reproducirten Aeußerungen nirgends in den Berichten der nationalliberalen Presse zu finden sind und daß ultramontane Berichterstatter selbstverständlich nicht legitimirt waren, den Verhandlungen des Landesausschusses zuzuhören. Die „Kölnische Volkszeitung" ist sonst rasch bei der Hand, Anderen eine Vorlesung über den publicistischen Anstand zu halten. Die Einkehr im eigenen Hause läßt augenscheinlich Manches zu wünschen übrig.

* Der „Reichsanzeiger" meldet, daß der Kaiser dem Consistorial-Präsidenten Hegel die nachgesuchte Entlassung aus seinem Amte ertheilt habe.

* Unter den umlaufenden Gerüchten von Verhandlungen über den Welfenfonds registriren wir auch Folgendes: „Gegen das Ende des Jahres 1890 suchte ein Mitglied der Familie des Herzogs von Cumberland beim kaiserlichen Hofe zu Potsdam einen Ausgleich herbeizuführen, der auch die Auszahlung des Welfenfonds an den Herzog einbegriff. Alles schien einen guten Verlauf zu nehmen, als die Hartnäckigkeit des Herzogs in einigen Cardinalpuncten die Verhandlungen so scheitern ließ, daß eine Wiederanknüpfung derselben ungemein erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden ist." — Wir vermögen nicht festzustellen, ob an dieser Darstellung etwas Wahres ist.

* Aus Baden, 24. März, wird uns geschrieben:

Die deutschfreisinnige Partei hat wieder einmal einen Einbruch in unser Land versucht, wo sie bekanntlich auf ultramontanen und demokratischen Krücken ein mehr als bescheidenes Dasein fristet. In Heidelberg trat (wie schon kurz erwähnt) am verflossenen Sonntag der Reichstagsabgeordnete Harmening aus Jena auf, um dem Nationalliberalismus einmal gründlich die Wahrheit zu sagen. Er hatte sich den Geburtstag Kaiser Wilhelm's I. ausgesucht, um über den „Zusammenbruch des Systems Bismarck" zu reden. Die Versammlung, die unter dem Vorsitz des beständigen Durchfallscandidaten Prof. Osthoff stand, wies nur ein sehr mäßiges Häuflein Deutschfreisinniger auf, obwohl sie sämmtlich anwesend waren. Die große Mehrheit bestand aus Nationalliberalen, Socialdemokraten, Ultramontanen. Da kann man sich denken, daß die Gegensätze lebhaft aufeinanderstießen. Ueber den Inhalt der Rede entnehmen wir der „Heidelberger Zeitung" folgenden treffenden Bericht: „Was man von Herrn Harmening zu hören bekam, blieb in Bezug auf unbefangene Auffassung und gerechte Würdigung der historischen Persönlichkeit und des Wirkens des Fürsten Bismarck weit hinter den bescheidensten Erwartungen zurück. Man hatte den Eindruck, als ob ein neidischer, boshafter Zwerg es unternommen habe, mit einem Millimetermaßstab einen gothischen Dom auszumessen, um nachzuweisen, daß das Bauwerk nichts tauge, weil es dem Ideal der Zwerge, einer Käseglocke, nicht entspreche. Nach Herrn Harmening ist weder an Bismarck's Persönlichkeit, noch an seinem Wirken irgend etwas, was zu loben oder anzuerkennen wäre. Bismarck ist nach seiner Ansicht zeitlebens nichts als ein preußischer Junker und ein kleiner Mensch gewesen. Er habe nichts gethan, als die berechtigten Regungen des Volkes zu bekämpfen, den Volkswillen listig über sich selbst zu täuschen und den so genarrten dann auszunutzen. Wo er einmal etwas geleistet habe, da sei das nicht sein Verdienst gewesen, sondern da seien die Verhältnisse einfach herangereift und er nur der zufällige Vollstrecker der vordringenden Ideen gewesen. Eigene grundlegende Ideen habe er nie gehabt. Als kleiner Mensch habe er sich immer gezeigt, besonders durch seine vielen Strafanträge, den Arnimproceß, den Geffckenproceß, die Annahme seines Stammgutes Schönhausen als Geburtstagsgeschenk. Sein System — dies habe Redner schon seit 1884 prophezeit — habe mit einem Bankerott endigen müssen. Nahezu zwei Stunden lang kühlte der kleine Herr Harmening in dieser Weise durch Beschimpfung des großen Bismarck sein Mütchen an dem ersten Kanzler des neuen Deutschen Reichs, der ihm eigentlich nichts zu Leide gethan hat, als daß er, während Herr Harmening noch in den ersten Höschen ging, sein Genie in den Dienst des deutschen Vaterlandes stellte und daß er durch seine Klugheit und seinen eisernen Willen es so weit brachte, daß der Deutsche sein Vaterland seit einem Vierteljahrhundert mit gerechtem Stolz bekennen kann." Der Vortrag in seiner Armseligkeit und Häßlichkeit schien selbst den Deutschfreisinnigen nicht zu genügen; selbst sie schüttelten wiederholt die Köpfe. Dann aber nahm die Sache eine unerwartete Wendung. Professor Erdmannsdörffer wies in würdigen und markigen Worten diese häßliche Herunterreißerei einer großen historischen Persönlichkeit zurück, und als er nun ein Hoch auf den alten Reichskanzler ausbrachte, da durchtobte ein Beifallssturm den Saal, der geradezu überwältigend war und jedes Widerstandes spottete. Minutenlang hörte man nichts als: Bismarck hoch! Die Glocke des Präsidenten erwies sich dieser Kundgebung gegenüber als völlig machtlos, die vereinzelt versuchten Beschwichtigungsrufe verstummten als nutzlos alsbald. Für mehrere Minuten gab die Dankbarkeit gegen den großen Kanzler den Ton im Saale an. Während dessen saßen Herr Harmening und seine nächsten Parteifreunde verlegen und mit den Mienen höchsten Aergers da, und der fremde Herr aus Thüringen beklagte sich dann über schlechte Behandlung und groben Unfug. So viel ist sicher, wenn der Deutschfreisinn in Baden nicht schon vorher todt gewesen wäre, jetzt nach dem Auftreten des Herrn Harmening wäre er es sicher.

* Aus Elsaß-Lothringen wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Anfang der siebziger Jahre schickte ein großer Theil der höheren Stände ihre Söhne zur Ausbildung in französische Lehranstalten, weniger aus Mißtrauen gegen die deutsche Schule als in der Ueberzeugung, daß die durch den Frankfurter Frieden geschaffene Lage doch nur eine vorübergehende sein werde. In gleichem Maße, wie diese Ansicht sich als unhaltbar erwies, verringerte sich die Zahl der ins Ausland gehenden jungen Leute, während die heimischen Schulanstalten einschließlich der Landesuniversität eine stetige Steigerung ihrer Schülerzahl aufwiesen. Zu dieser Umkehrung mag wohl auch die Erkenntniß beigetragen haben, daß ein in Frankreich ausgebildeter junger Mann hier weder im geschäftlichen, noch im Gemeinde- oder Staatsleben eine Zukunft vor sich habe, also auf jede Mitwirkung an der Gestaltung der Verhältnisse seiner engern Heimath verzichten müsse. Anders liegen die Verhältnisse bezüglich der weiblichen Jugend. Die Bestimmung, daß die in schulpflichtigem Alter stehenden Mädchen nur mit behördlicher Genehmigung und unter der Bedingung ausländische Schulen besuchen dürfen, daß sie sich von Zeit zu Zeit hier einer Prüfung unterziehen, hat zwar bewirkt, daß die Mehrzahl bis zum 13. Lebensjahre hiesige Lehranstalten, und zwar mit besonderer Vorliebe die von geistlichen Orden geleiteten Pensionate besucht, von denen man annimmt, daß das Französische ganz besonders sorgfältige Pflege finde. Ist aber das schulpflichtige Alter erreicht, so gilt es in den höheren Ständen als zum guten Ton gehörig, die Töchter noch einige Zeit nach Frankreich zu schicken, damit ihnen noch etwas „französischer Schliff" beigebracht werde. Meist kommen dann die jungen Mädchen, die Mütter der künftigen Generation, mit allen möglichen bitteren Vorurtheilen gegen das Deutschthum in die Heimath zurück. Wer den hiesigen Verhältnissen näher steht, wird zugeben müssen, daß hierin mit eine Hauptursache dafür liegt, daß in den höheren Ständen der Verdeutschungsproceß sich langsamer vollzieht, als in den übrigen Schichten der Bevölkerung. Eine Aenderung wird sich schwer, jedenfalls erst nach einer Reihe von Jahren vollziehen können.

* * *

* Wie das Wiener „Fremdenblatt" meldet, fand zwischen dem Führer der Fraction der Polen, Jaworski, einerseits und den Abgeordneten Chlumecky und Plener andererseits in Gegenwart der Minister Taaffe und Zaleski ein Meinungsaustausch über die politische Lage statt. Es trat dabei allerseits die Geneigtheit hervor, bei der bevorstehenden Abgeordnetentagung bezüglich der Behandlung der parlamentarischen Geschäfte in Fühlung zu treten.

* Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Ernennung des bisherigen Adjuncten des Ministers des Auswärtigen, Vlangali, zum Botschafter in Rom bereits vollzogen sei, wenn auch noch nicht veröffentlicht. Derselbe soll in drei Wochen auf seinen Posten abreisen. — Der Uebertritt der Großfürstin Sergius zur orthodoxen Kirche soll in der letzten Fastenwoche erfolgen.

* Wie die Mutter der jetzt zur griechischen Kirche übertretenden Großfürstin Sergei, Großherzogin Alice, über solche Convertirungen deutscher, an russische Großfürsten vermählte Prinzessinnen dachte, daran erinnert der „Reichsbote", indem er zwei Stellen aus dem Briefwechsel der verklärten Frau citirt. In einem Briefe vom 12. November 1872 schreibt sie an ihre Mutter, die Königin von England:

„Die Kaiserin von Rußland schrieb neulich, daß die Verbindung mit Marie von Mecklenburg (jetzige Großfürstin Wladimir) ganz unmöglich ist, da sie ihren Glauben nicht wechseln will. Ich hoffe, alle anderen deutschen Prinzessinnen werden ihrem Beispiele folgen."

Und in einem Briefe vom 4. Mai 1874 schreibt sie an ihre Mutter:

„Meine Schwiegermutter sagt mir, daß, seit Minchen (Marie von Mecklenburg) gestattet worden, ihre Religion zu behalten, dieser Brauch von nun an bei allen Prinzessinnen beibehalten würde. Wie gut ist es, denn mir schien der Wechsel immer zu schlimm und bei der heutigen Anschauung unduldsam und engherzig."

„Wir können und wollen es noch nicht glauben", schreibt der „Reichsbote", „daß die Worte der heimgegangenen Fürstin von Denen, die ihr am nächsten stehen, vergessen sein sollten." Daß wenigstens der Großherzog nicht Zeuge sein wird, ist schon gemeldet worden.

* Der Schritt, welchen Herr v. Nelidow in Konstantinopel gethan, um der Pforte vorzuhalten, daß sie ihr Oberhoheitsrecht über Egypten nicht wahre, woran Andeutungen geknüpft worden, daß für Rußland die Frage entstehe, ob es sich noch fernerhin in seinen Beziehungen zu Egypten um dieses Oberhoheitsrecht zu kümmern habe, wird in Konstantinopel in dem Sinne aufgefaßt, daß es sich zwar in Rußland darum handelte, die Pforte zu beunruhigen, daß aber die Tendenz des erwähnten Schrittes gegen England gerichtet ist, und es darum zu thun war, zugleich Frankreich bei seiner Bekämpfung der neuestens rücksichtlich des Justizwesens erfolgten Verstärkung der englischen Position in Egypten einen Freundschaftsdienst zu leisten.

* Aus Belgrad wird berichtet:

Man ist in den Regierungskreisen zur Ueberzeugung gelangt, daß der Kampf des Königs Milan mit der Königin Natalie und deren Anhängern nicht länger geduldet werden könne. Der Beiden vorgelegte Vertrag, nach welchem sie sich verpflichten sollen, vor der Großjährigkeit des Königs Alexander nicht nach Serbien zu kommen, ist nur eine Umschreibung für die effective Exilirung, die der Nichtannahme dieses Vertrags auch in formeller Weise folgen würde. Es erklärt sich nun auch, weshalb die Königin Natalie es beharrlich vermieden hat, Serbien auch nur auf einen Tag zu verlassen, da sie wohl wußte, daß ihr die Rückkehr nicht wieder gestattet werden würde. Die Bestimmung des Vertrags, daß der junge König je vier Wochen im Jahre bei seinem Vater und seiner Mutter zubringen solle, ist nicht buchstäblich zu nehmen, da Jedermann weiß, daß es nicht zur Ausführung dieser Bestimmung kommen werde. Da die Großjährigkeit des jungen Königs mit dessen 18. Lebensjahre eintritt und er gegenwärtig im 15. Lebensjahre steht, so würde die Bestimmung, daß seine Eltern vor seiner Großjährigkeit nicht nach Serbien kommen dürfen, eine dreijährige Exilirung bedeuten.

* Frankreich schwelgt in Entzücken, es hat für seine Hingebung an Rußland jetzt endlich eine Belohnung erhalten, die es zum Fortfahren auf dem bisherigen Wege ermuntern wird. Am Donnerstag sollte, einer Meldung aus Paris zufolge, der russische Botschafter Baron v. Mohren-

SLUB
Wir führen Wissen.